



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 01881 - 88  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/120 - 31. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Lex Soraya - Angriff auf die Pressefreiheit Von Karl Wittrock, MdB.	44
2 - 3	Endspurt vor der Sommerpause Bundestag leidet nicht an Arbeitsmangel	86
4 - 5	Das ABC der Atombombe Zu einem Buch des USA-Atomwissenschaftlers Compton	78
6 - 7	Esperanto in Deutschland Zum 43. Weltkongress Anfang August in Mainz	89

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Lex Soraya - Angriff auf die Pressefreiheit

Von Karl Wittrock, MdB

Das Bundeskabinett hat beschlossen, entgegen allen Einwendungen in der Öffentlichkeit an dem Gesetzentwurf über den sogenannten Ehrenschutz ausländischer Staatsoberhäupter, bekannt als "Lex Soraya", festzuhalten. Es wird nun Aufgabe des Bundestages sein, den Angriff der Bundesregierung auf das Recht der Presse zur ungehinderten Information der Öffentlichkeit abzuwehren.

Der Regierungsentwurf beweist das Ausmass polizeistaatlichen Denkens der Bundesregierung und ist eines demokratischen Staatswesens unwürdig. Es ist ein einmaliger Vorgang in einem freiheitlichen Staat, dass eine Regierung die Verbreitung wahrer Informationen über ein fremdes Staatsoberhaupt bekämpfen will. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass es in einem demokratischen Staat nicht verboten werden darf, ein fremdes Staatsoberhaupt durch den Hinweis auf wahre Tatsachen als Diktator oder als einen korrupten Staatsführer zu kennzeichnen. Die Lex Soraya ist auch eine Lex Franco oder eine Lex Frujillo.

Es kann im übrigen nicht einer richterlichen Überprüfung überlassen sein, festzustellen, ob eine verbreitete wahre Tatsache über ein fremdes Staatsoberhaupt geeignet ist, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik zu beeinträchtigen. Eine solche Feststellung, welche der Regierungsentwurf vorsieht, ist für einen Richter einfach unzumutbar. Würde man mit einer solchen Regelung nicht den Richter den Gutachten der sogenannten Experten des Auswärtigen Amtes ausliefern? Welcher Kurs dann gesteuert wird, offenbart nicht nur der Geist der Lex Soraya, sondern auch die Tatsache, dass dieses Auswärtige Amt noch kurz vor dem Sturz Perons diesem Herrn zum Bundesverdienstkreuz verholfen hat.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert und für den Geist des Auswärtigen Amtes bezeichnend, dass die Lex Soraya allein geeignet ist, den Empfindlichkeiten der Diktatoren und Despoten aller Couleurs Rechnung zu tragen. Die Repräsentanten demokratischer Staaten kennen das Wesen der Pressefreiheit. Sie wissen, dass die Verbreitung wahrer Tatsachen über das fremde Staatsoberhaupt durch die Presse nicht das Verhältnis von Staat zu Staat berühren kann. Nur die Oberhäupter unfreier Staaten mit gelenkter Presse, denen jedes Verständnis für das Wesen der Meinungsfreiheit fehlt, neigen dazu, dem fremden Staat die Meinungsäußerungen und Nachrichtenwiedergabe seiner Presse zum Vorwurf zu machen.

Im Grunde ist der Gesetzentwurf ein untauglicher Versuch, den Stil einiger Presseorgane mit den Mitteln der Strafjustiz zu korrigieren. Dieser Versuch, strafgerichtliche Möglichkeiten zur Korrektur des Stils von Presseorganen zu schaffen, beweist erneut, wie lebendig der Geist des Polizeistaates im Bundeskabinett ist. Das Parlament muss sich hiervon klar und eindeutig distanzieren.

+ + +

## Endspurt vor der Sommerpause

### Bundestag leidet nicht an Arbeitsmangel

FB. Am kommenden Montag wird der Deutsche Bundestag die letzte Arbeitsperiode vor der grossen - in diesem Jahr drei Monate dauernden - Sommerpause beginnen. Während in der ersten Arbeitswoche nur die Ausschüsse tagen, werden die dann drei folgenden Wochen hauptsächlich im Zeichen der Plenarberatungen stehen.

### Im Vordergrund der Haushalt

Im Vordergrund steht dabei der Haushalt, denn es ist der erklärte Wille aller Fraktionen, dieses Gesetzeswerk noch vor den Ferien zu verabschieden. Die zweite Beratung könnte mit Einzelhaushalten schon am 11. Juni 1958 beginnen, der Hauptteil der zweiten Lesung aber wird erst in den Plenarsitzungen vom 25. bis 27. Juni stattfinden. Die dritte Lesung dürfte dann, wenn der Haushaltsausschuss und das Plenum überhaupt in der Lage sind, diesen Terminplan einhalten, in der letzten Arbeitswoche bis einschliesslich 3. Juli 1958 erfolgen.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass diese Haushaltsberatungen nicht nur das Ziffernwerk beleuchten, sondern dass sich auf zahlreichen Gebieten politische Aussprachen ergeben. Das gilt vor allem für die Etats des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Wirtschaftsministeriums. Aber auch der sonst so nüchterne Etat des Justizministeriums dürfte diesmal eine interessante Debatte hervorrufen, denn die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat schon angekündigt, dass sie diese Aussprache benutzen wird, um die Justizpolitik in der Bundesrepublik grundsätzlich zur Sprache zu bringen. Dazu dürften nicht zuletzt einige aufsehenerregende Urteile der jüngsten Zeit beigetragen haben.

Auch das deutsch-britische Abkommen über die Stationierungskosten wird, obwohl es gesetzestechnisch erst nach der Sommerpause behandelt werden dürfte, eine erhebliche Rolle spielen, denn es entwertet die ohnehin fiktive Ausgeglichenheit des Haushaltes 1958 weiter. Auf jeden Fall ist für die 142 Mio DM sogenannter "Devisenhilfe" vorerst keine Deckung vorhanden. Ohne Frage wird man später in einem Nachtragshaushalt das Geld dem Verteidigungsetat entnehmen. Damit dürfte aber schon jetzt das Tabu, dass an den Summen im Einzelplan 14 nicht gerüttelt werden kann, durchbrochen sein. Man darf mit Interesse auf die Haltung der Koalitionsparteien warten, ob sie nur bereit sein werden, bei grosszügigen Geschenken an andere Mächte dieses Tabu aufzugeben, oder auch bei deutschen Lebensnotwendigkeiten.

### Gesetzentwurf zur Volksbefragung über atomare Bewaffnung

Nicht minder grosse Beachtung dürfte in den letzten vier Wochen die zweite Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes beanspruchen, der eine Volksbefragung über die atomare Bewaffnung auf der Bundesebene vorsieht. Es ist nicht von ungefähr, dass der Deutschland-Union-Dienst der CDU zwar den vereinbarten Termin vom 14. Juni für die zweite Lesung genannt hat, aber gleichzeitig hinzusetzte,

dass man darüber noch reden müsse. Diese vorsichtige Formulierung deutete sicherlich an, dass die CDU die Absicht hat, die zweite Lesung noch weiter über die Sommerpause hinauszuschleppen. Warum? Wenn man wirklich von der Verfassungswidrigkeit dieses Gesetzentwurfes überzeugt wäre, nun, dann könnte man ihn ablehnen. Aber das will man zur Zeit nicht, um im Falle einer für die Bundesregierung negativ ausfallenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes die Möglichkeit zu haben, Länderbefragungen durch eine Bundesbefragung mit grob entstellten demagogischen Fragestellungen zu überspielen. Die CDU hat bisher jedesmal diese Feststellungen von sozialdemokratischer Seite dementiert - bis auf den Bundesausserminister, der vor einigen Tagen in Waldmichelbach/Odenwald auf die Möglichkeit der Befragung durch die Bundesregierung hinwies. Schon in der nächsten Sitzung des Ältestenrates, wenn es um die Terminansetzung für die zweite Lesung geht, wird man erneut Gelegenheit haben, festzustellen, wie das raffinierte Doppelspiel der CDU weitergeht.

#### Verkauf von Bundesunternehmen ?

In der ersten Plenarsitzungswoche dürfte auch die Grosse Anfrage der SPD betreffend Bundesunternehmen öffentliches Interesse beanspruchen, denn hier soll Bundesschatzminister Lindrath erstmalig dem Parlament seine Pläne offenbaren. Dabei wird naturgemäss der aktuelle Fall des Verkaufs der Howaldt-Werke eine grosse Rolle spielen. Vor allen nachdem die CDU/CSU-Sozialausschüsse sich gleichfalls gegen diese Verschleuderung von Bundesvermögen gewandt haben.

\* \* \*

Das sind die "grossen Brocken", die das Parlament erledigen muss. Bei gutem Willen liessen sich aber auch noch eine Reihe von anderen wichtigen Gesetzen verabschieden, wie beispielsweise das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst, das im Arbeitsausschuss fast fertig ist, das Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für zivilen Bevölkerungsschutz, an das der Innenausschuss nur noch letzte Hand anlegen muss. Vortreiben sollte man in den Ausschüssen auf jeden Fall die Beratungen des neuen Lebensmittelrechts, um noch in diesen Jahre zu einem Abschluss zu kommen. Ein wenig Tempo drauflegen könnte man auch bei den Beratungen über ein Jugendarbeiterschutzgesetz und nicht zuletzt sollte man die Beratung über das Atomgesetz und die dazu gehörige Grundgesetzänderung nach der verhältnismässig gut verlaufenen ersten Lesung auch noch in den vier Arbeitswochen vor der Sommerpause vortreiben.

Man sieht, das Parlament wird, bevor es in die Ferien geht, an Arbeitsmangel nicht zu leiden haben. Ganz im Gegenteil, es dürften neue vier angespannte und zum Teil hektische Wochen werden.

- + +

- 4 -

### Das ABC der Atombombe

K.H. Mit dem kürzlich im Nest-Verlag erschienenen Buch des amerikanischen Wissenschaftlers und Nobelpreisträgers für Physik Arthur Holly Compton erfährt die schon sehr umfangreiche Literatur, die sich mit dem Problem der Atombombe auseinandersetzt, eine weitere Bereicherung. Professor Compton hat "die einzelnen Entwicklungsphasen, die zur Herstellung der ersten Atombombe führten", bis zur gelungenen Vollendung dieses wissenschaftlich großartigen und in seinen Auswirkungen satanischen Werkes nicht erlebt. Dank seines fachlichen Wissens und seiner bei der Entwicklung dieser Waffe gewonnenen Erfahrungen wird das vorliegende Buch zu einer Fibel, die sich bezüglich des Vermittelns von technischen Kenntnissen für jeden Leser sehr lehrreich erweist, die aber dort, wo der Autor glaubt, politische Thesen an den Leser bringen zu müssen, in höchstem Masse bedenklich und abwegig wird.

Ausgehend von der Entdeckung des Atomkerns durch Lord Rutherford im Jahre 1911, über den Nachweis der Professoren Hahn und Strassmann, daß sich, wenn Neutronen von Uranium eingefangen werden, ein Produkt bildet, das man als Barium mit der Atomzahl 56 bezeichnet, und den Versuchen der Uraniumspaltung, dessen Gelingen die Voraussetzung für die Erzeugung der Atombombe war, bis es dann am 2. Dezember 1942 gelang, durch "die erste nukleare Kettenreaktion ein neues Zeitalter einzuleiten", folgen wir dem Autor bis zum Ende dieser technischen Entwicklung, als man die Meinung vertrat, daß durch den Abwurf der Atombombe der Krieg in Japan verkürzt werden könnte. Wie wenig die Wissenschaftler in der Lage waren, die Wirkung dieser neuen Waffe theoretisch zu errechnen, sei an dem folgenden Beispiel demonstriert. Nach den Berechnungen hatte man eine explosive Kraft von etwa 10 000 Tonnen (TNT) erwartet, doch bei der Explosion wurde die doppelte Menge, und zwar 20 000 TNT, frei!

Wenn man den geistigen Fußstapfen des Verfassers über die Geschichte der Atombombe zu folgen versucht - was trotz der sehr populär-wissenschaftlichen Darstellung nicht immer einfach ist -, dann drängt sich dem Leser die naheliegende Frage auf, ob die Produktion der Atombombe moralisch gerechtfertigt erscheint -, eine Frage, die zwar vom Autor ebenfalls gestellt, aber in sehr problematischer Weise beantwortet wird.

Es ist richtig, daß deutsche Wissenschaftler bereits vor 1939 im Kaiser-Wilhelm-Institut damit beschäftigt waren, Uranium zu spalten und

daß sehr wohl die Gefahr bestand, daß Hitler in den Besitz der Atombombe gelangen könnte. Nur so scheint es auch gerechtfertigt, daß sich Einstein und viele andere Wissenschaftler in den USA für die Forschung und den Bau der Atombombe einsetzten. War aber der Abwurf der Bombe auf Japan für die USA militärisch lebensnotwendig und moralisch gerechtfertigt? Als der Ausschuß, der über den evtl. Abwurf zu entscheiden hatte, am 31. Mai 1945 tagte, war nach Ansicht von Prof. Compton, "Japan praktisch schon besiegt". Demnach erfolgte am 6. August 1945, ohne vorhergehende Warnung, der Angriff um 9,15 Uhr - 8,15 Uhr japanischer Zeit auf Hiroshima. Um 9,20 Uhr erhielt das zuständige Kommando den Funkspruch "Auftrag erfolgreich durchgeführt". Dieser "Erfolg" war gleichbedeutend damit, daß in Hiroshima 92 133 Menschen sofort tot waren, daß es 37 424 schwerverletzte Opfer gab und daß durch Strahlenschäden 235 636 Menschen betroffen worden waren.

Alle Argumente, die Prof. Arthur Holly Compton für die Notwendigkeit und Richtigkeit des Abwurfes der Atombomben ins Treffen führt, halten einer kritischen Betrachtung nicht stand. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, daß es zu der Anwendung dieser schrecklichen Waffe u.a. auch deshalb kam, weil sich die USA damit "vor den Russen die Besetzung des Inselreiches gesichert" haben wollte, wie dies in dem Buch "Das Feuer der Sterne" (E.Koch, Verlag, Berlin-Bielefeld-München) erwähnt wird. Professor Compton, der Autor des Buches "Die Atombombe und ich" schrieb nach seinen eigenen Angaben einen "Erlebnisbericht". Dies mag, was seine wissenschaftlichen Darlegungen betrifft, durchaus berechtigt sein, doch gleitet er in einen üblichen Mc. Carthy-Stil ab, wenn er den Abwurf der Atombombe militärisch und politisch zu begründen versucht und wenn er des weiteren glaubt, als Wissenschaftler einen Beitrag zur antikommunistischen Propaganda liefern zu müssen. Hier einige der Kostproben von diesen sehr ungenießbaren, wenig wissenschaftlichen, aber sehr propagandistischen Früchten:

"Angesichts dieser persönlichen Einstellung könnte ich die Ansicht nicht akzeptieren, daß der Krieg in jedem Falle der falsche Weg sei..

Wer fordert, daß die Atomwaffen abgeschafft werden sollen, fordert, daß die Uhr der Geschichte zurückgestellt wird.....

Die Annahme, die Atombombe sei eine ausgesprochen unmenschliche Waffe, ist falsch .....

Der Einsatz militärischer Machtmittel gegenüber solchen Tyrannen und Gangstern entspricht genau dem Einsatz der Polizei im Leben eines Volkes .....

Meiner Ansicht nach ist die grundlegende Ethik des Krieges durch das Aufkommen der Atomwaffen nicht geändert worden....."

So weit der politisierende amerikanische Wissenschaftler Arthur Holly Compton....

Arthur Holly Compton "Die Atombombe und ich" Nest-Verlag Frankfurt/M. 480 Seiten, Leinen DM 19,80, kartoniert DM 16,80.

### Esperanto in Deutschland

Mit dem 43. Esperanto-Weltkongress vom 2. bis 9. August in Mainz findet zum fünften Male eine solche Veranstaltung auf deutschem Boden statt. Die früheren Weltkongresse in Deutschland waren 1908 in Dresden, 1923 in Würzburg, 1953 in Köln und 1951 in München.

Deutschland gehört zu den Ländern, in denen Dr. Ludwigo Zamenhofs Projekt für eine "Lingvo Internacia", das später allgemein nach dem von Zamenhof für seine erste Veröffentlichung gewählten Autorenpseudonym benannte Esperanto, schon gleich zu Anfang (1887) begeisterte Anhänger fand. Jedoch kann man eigentlich erst seit dem Jahre 1906 von einer aktiven Bewegung in Deutschland sprechen. In diesem Jahre, am 19. Mai, wurde in Hamburg der Deutsche Esperanto-Bund (Germana Esperanto-Asocio) gegründet und damit die bis dahin fehlende organisatorische Voraussetzung für eine zielstrebige Verbreitung des Esperanto (und des Weltsprachgedankens überhaupt) in Deutschland geschaffen.

Der Deutsche Esperanto-Bund ist auch heute noch mit seinen regionalen Untergliederungen (Landesverbände und Ortsgruppen) die grösste und repräsentative deutsche Esperanto-Organisation. Weltanschaulich und politisch neutral, dient er lediglich der Pflege und Verbreitung der Sprache, sowie der Förderung internationaler Beziehungen. Er ist der Universal Esperanto-Asocio angeschlossen, und sein derzeitiger Vorsitzter, Dozent Dr. Wilhelm Herrmann, Lampertheim, gehört dem Vorstand dieses (neutralen) Weltbundes der Esperantofreunde an.

Weitere Organisationen, die Esperanto fördern und für die Verfolgung ihrer jeweiligen Sonderinteressen als Verständigungsmittel im zwischenvölkischen Verkehr benutzen, sind die Katholische Esperanto-Zentrale in Deutschland, die Christliche Esperanto-Liga, die deutsche Esperanto-Jugend, die Esperanto-Vereinigungen der Lehrer, der Arbeiter, der Eisenbahner und der Blinden. Auch sie sind Mitglied bei ihren entsprechenden internationalen Verbänden.

Als unabhängige Institution zur Überwachung des Lehr- und Prüfungswesens und der esperantosprachigen Veröffentlichungen in Deutschland besteht in München das Deutsche Esperanto-Institut.

In mehr als 50 Jahren hat die Esperanto-Bewegung in Deutschland trotz der zeitweiligen völligen Vernichtung ihrer Organisationen durch die nationalsozialistische Herrschaft - ihre Position ständig ausgebaut und gefestigt. Sie zählt heute wieder zu den stärksten und aktivsten nationalen Vertretungen in der Welt.

Erste Aufgabe aller deutschen Esperanto-Organisationen ist, möglichst viele Gelegenheiten für Unterricht und Sprachübungen zu geben. Hierfür richten sie laufend Kurse, auch Fernkurse, ein, veranstalten Vorträge, Diskussionen und internationale Begegnungen. Durch ihre Mitteilungsblätter und vor allem durch die deutsche Esperanto-Zeitschrift "Germana Esperanto-Revuo", die auch im Ausland gelesen werden, vermitteln sie Korrespondenzpartner. Daneben wird die Sprache an verschiedenen Volkshochschulen und gewerkschaftlichen Bildungsinstituten gelehrt. Für Kinder besteht mancherorts die Möglichkeit, sie im fakultativen Unterricht an Volksschulen zu lernen. Lehrgänge

über den Rundfunk und in Zeitschriften hat es auch schon gegeben. Und schliesslich kann man Esperanto noch ohne Schwierigkeiten durch Selbststudium erlernen, was übrigens nicht selten geschieht. Dafür gibt es eine Reihe guter Lehrbücher, die von jedem Esperanto-Verein oder von dem Esperanto-Verlag der Limburger Vereinaruckerei in Limburg (Lahn) bezogen werden können. Letztere liefert auch alle Art von Literatur in Esperanto, die im In- und Ausland erschienen ist und bisher immerhin schon etwa 30. 000 Veröffentlichungen, Originalwerke und Übersetzungen, umfasst. Unter den Übersetzungen aus allen Kultursprachen der Welt befinden sich auch fast alle Klassiker und viele Philosophen; aus dem Deutschen sind Werke von Leibniz, Kant, Goethe, Schiller, Heine, Lessing, Eichendorff, Zweig, Remarque und anderen übersetzt worden.

Dass Esperanto mehr als nur ein leicht erlernbares Hobby, dass es vielmehr eine funktionierende Sprache ist, beweist seine wachsende praktische Anwendung auf allen Gebieten im internationalen Leben, die sich auch in Deutschland längst nicht mehr nur auf den Kreis der aktiven Esperantofreunde beschränkt. Eine ganze Anzahl deutscher Städte, unter ihnen Berlin, Hamburg, München, Köln, Nürnberg, Stuttgart, Heidelberg, Mainz, Wiesbaden, Bingen und Bonn, hat esperantosprachige Prospekte herausgegeben. (Insgesamt sind über 600 verschiedene Städteprospekte in der Welt erschienen).

Die Deutsche Bundesbahn verwendet schon seit Jahren Esperanto für ihre Werbeschriften und für die Erläuterungstexte im amtlichen Kursbuch und im Fernfahrplan. Da Esperanto im internationalen Fernmeldewesen als "offene Sprache" anerkannt ist (seit 1925), kann man auch bei jedem deutschen Postamt Telegramme in dieser Sprache aufgeben.

Zahlreich und vielartig sind die Kontakte deutscher Esperantofreunde mit dem Ausland. Es sind Menschen aller sozialen Schichten und Berufe, die miteinander korrespondieren, sich gegenseitig besuchen oder auf internationalen Tagungen und Kongressen begegnen. Was sie trotz der Verschiedenheit ihrer nationalen Herkunft auf internationaler Ebene verbindet, sind die gemeinsame Sprache und die Bereitschaft zur Verständigung und zur Überbrückung der Gegensätze zwischen den Völkern. Oft haben deutsche Esperantofreunde ihre persönlichen Beziehungen zu Angehörigen der verschiedensten Völker und Rassen für die Belange unseres Volkes eingesetzt. Besonders in den ersten Jahren nach dem letzten Weltkrieg, als den Deutschen eine Welt voller Misstrauen und Abneigung gegenüberstand, haben sie, die niemals die Freundschaft und Achtung ihrer Bekannten im Ausland verloren hatten, manchen Beitrag zur Beseitigung der Spannungen geleistet.

+ + +